



Antrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

Verbindungen der Bayerischen Staatsregierung zum WEF offenlegen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle Interaktionen ihrer ehemaligen und gegenwärtigen Mitglieder mit dem World Economic Forum (WEF) öffentlich zu machen, um ihre demokratische Verantwortung, Transparenz und öffentliche Glaubwürdigkeit zu garantieren, einschließlich

- einer Liste aller Teilnahmen von ehemaligen und gegenwärtigen Vertretern der Staatsregierung an allen Veranstaltungen und Treffen, die vom oder mit Beteiligung des WEF organisiert wurden,
- sämtlicher Protokolle aller öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen und Diskussionen mit Teilnahme ehemaliger und gegenwärtiger Vertreter der Staatsregierung bei allen von oder mit Beteiligung des WEF organisierten Veranstaltungen und Treffen,
- der gesamten schriftlichen Korrespondenz ehemaliger und gegenwärtiger Vertreter der Staatsregierung mit den Organisatoren des WEF.

Begründung:

Im Allgemeinen können globale Treffen von hochrangigen politischen Entscheidungsträgern, Wirtschaftsvertretern und Experten von Vorteil sein, da sie die Gelegenheit für einen leichteren Meinungs austausch und für „Wissenschaftsdiplomatie“ bieten.

Aus diesem geringen Nutzen kann jedoch schnell eine potenziell große Gefahr für Demokratie und nationale Souveränität resultieren, wenn solche Treffen für die Öffentlichkeit zu undurchsichtig werden, Großkonzerne auf privaten Foren „State Capture“ betreiben, internationale Eliten ohne jedwede demokratische Legitimation und öffentliche Kontrolle weitreichende Entscheidungen zu globalen Agenden treffen und wenn die gesetzten Agenden einen autokratischen Unterton mit sich bringen. Kurzum, globalistischen Technokraten darf es nicht gestattet sein, die Gewaltenteilung des westlichen aufgeklärten National- und Rechtsstaats zu umgehen.

Im Januar 2020 nahm Ministerpräsident Dr. Markus Söder am WEF teil. Nur zwei Monate später forcierte er eine extrem strenge, teils rechtswidrige, Lockdown-, Masken-, Test- und Impfwang-Politik.¹ Später wurde u. a. die von Ministerpräsident Dr. Markus Söder verordnete Ausgangssperre vom Bundesverwaltungsgericht für rechtswidrig erklärt.²

¹ Söder M. (2020). Heute beim World Economic Forum in Davos. URL: <https://bit.ly/3XFed7m>

² Junge Freiheit (2022). Corona-Ausgangssperre nachträglich für rechtswidrig erklärt. URL: <https://junge-freiheit.de/politik/deutschland/2022/corona-ausgangssperre-rechtswidrig/>

Bürger und Medien als angebliche „Verschwörungstheoretiker“ oder sogar „Antisemiten“ zu diffamieren, nur wenn diese den Einfluss des WEF kritisch hinterfragen,³ schadet dem freien Diskurs und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Es schürt nur weiteres öffentliches Misstrauen gegenüber den etablierten Politikern und Mainstream-Medien. Eine bürgernahe, transparente Staatsregierung, die ihre demokratische Verantwortung und öffentliche Glaubwürdigkeit ernstnimmt, hat keine Angst davor, ihre Verbindungen zu dem WEF und den Charakter dieser Beziehungen offenzulegen.

³ Z.B.: Klühspies A., Kagermeier A. (2023). Faktenfuchs: Die Verschwörungstheorie zu "The Great Reset". BR24. URL: <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/faktenfuchs-die-verschwoerungstheorie-the-great-reset,SY2OK1r>